Nachdem nun das große Werk des Bürgerlichen Gesetzbuchs gelungen ist, soll endlich auch das Hypothekenbankwesen einer einheitlichen reichsgesetzlichen Regelung unterzogen werden. Mit vollem Recht bezeichnete der Staatssekretär das als ein dringendes Bedürfniß, da sich in den letzten Jahrzehnten durch das riesige Anwachsen der Gesellschaften mannigfache ungesunde Erscheinungen und Unzuträglichkeiten herausgebildet hätten. Eine prinzipielle Gegnerschaft gegen die Vorlage wurde denn auch überhaupt gar nicht laut, vielmehr erkannten alle Redner und Parteien die Nothwendigkeit einer staatlichen Aufsicht und Kontrolle auf diesem Gebiete unumwunden an. Am weitesten ging in dieser Beziehung der sozialdemokratische Wortführer Calwer, der eines der jüngsten Mitglieder des Reichstages ist und heute seine Jungfernrede mit großem mimischem Aufwande hielt, für ihn war die geplante Staatsaufsicht lange nicht genügend, er wollte sie vielmehr viel weiter ausdehnen. Die meisten Redner, namentlich Gamp (Rp.) wünschetn bei der Beaufsichtigung mehr die Reichsinstanz in den Vordergrund zu schieben, während Spahn (C.) im Interesse des föderativen Charakters des Reichs die Instanz der Einzelstaaten befürwortete. Auch eine Reihe minderwichtiger Ausstellungen wurde noch vorgebracht. So erklärte sich Rettich (k.) gegen die Bestimmung, die den Genossenschaften den Hypothekenbankbetrieb untersagt; so brachte Munckel (fr. Vpt.) Bedenken gegen die Einrichtung des Pfandbriefhalters vor; so eiferte Gamp (Rp.) gegen die Zulässigkeit der Beleihung von Bauplätzen; so bemängelte Dr. Hahn (B. d. L.) einige Vorschriften über die Taxation der zu beleihenden Grundstücke; so wünschte Calwer (soz.) auch die Einbeziehung der Landschaften in die gesetzliche Regelung. Aber diese und noch manche anderen Ausstellungen wurden nur andeutungsweise vorgebracht, da ja die Kommission der zweiten Lesung vorarbeiten wird.

Den trockenen Gegenständen entsprechend war auch der Ton recht trocken. Selbst dem so außerordentlich witzigen Munckel wollte es nicht gelingen, ihnen einige humoristische Seiten abzugewinnen, wofür das Haus doch stets so dankbar ist. Aber eine gute Gelegenheit gab es, einen Heiterkeitserfolg zu erzielen, und die ergriff Abg. Calwer. Gestern schon und heute wieder war Dr. Hahn, der augenblicklich einer militärischen Dienstleistung obliegt, in Uniform erschienen, und dieser ungewöhnliche Anblick hatte sofort die allgemeine Aufmerksamkeit erregt. Der sozialdemokratische Redner nun erklärte, daß er sich mit den Ansichten des Herrn „Leutnants" Hahn nicht einverstanden erklären könne, und der Präsident reagirte prompt darauf, indem er unter großer Heiterkeit des Hauses diese Bezeichnung „zwar für harmlos, aber unpassend" bezeichnete. Das hielt freilich nachher Herrn Lenzmann (fr. Vpt.) nicht ab, von „uniformirten und nicht uniformirten Rednern" zu sprechen, eine Bemerkung, die auch ihr Scherflein an Heiterkeit einheimste. — Uebermorgen lex Heinze und Wahlprüfungen.

Der Rückgang des französischen Volkes.

Im Jahre 1895 war es in Frankreich dahin gekommen, daß die Zahl der Todesfälle die Zahl der Geburten übertraf, so daß sich ein natürlicher Bevölkerungsverlust von 17813 ergab. In demselben Jahre betrug in Deutschland der Ueberschuß der Geburten 725790. Also in einem einzigen Jahre erhielt die deutsche Bevölkerung einen Vorsprung von dreiviertel Millionen! Im Jahre 1896 besserte sich die Entwickelung in Frankreich. Es ergab sich ein Geburtenüberschuß von 93700 Köpfen (in Deutschland 815783). Dieser Aufschwung hatte freilich einen Haken. Er rührte mehr von der Verminderung der Sterbefälle, als von der Vermehrung der Geburtsfälle her; Letztere waren nur um 31413 gestiegen. Im Jahre 1897 hat sich derselbe hinkende Fortschritt gezeigt. Die Bilanz dieses Jahres ist die beste im ganzen letzten Jahrzehnte: Geburten-Ueberschüsse von 108088 Köpfen (in Deutschland 784634). Die schöne Bilanz ist aber nicht durch Vermehrung der Einnahmen, sondern durch Verminderung der Ausgaben erzielt. Die Sterbefälle blieben um nahezu 22000 hinter dem Vorjahre zurück, die Geburten um rund 6500.

Da die Sterblichkeit mit der Zahl der Geburten steigt und fällt, weil leider die Kindersterblichkeit immer noch überaus groß ist, so erklärt es sich schon aus dem Verhältniß der Geburtsziffern, daß Frankreich eine beträchtlich geringere Sterblichkeit hat, als Deutschland (etwa 2 Sterbefälle auf das Tausend der Einwohner weniger). Es mögen auch bessere hygienische oder wirthschaftliche Verhältnisse zur Minderung der französischen Sterblichkeitsziffer beitragen. Das bischen Lebensverlängerung für die vorhandene Bevölkerung kann aber den Mangel an Nachwuchs nicht ausgleichen.

Die vergleichende Aufrechnung für die letzten 10 Jahre macht das recht klar. Von 1888—97 hatte Frankreich einen Geburtsüberschuß von 292315 Köpfen, das deutsche Reich aber von 6699226. Also Deutschland hat in dieser Zeit einen Vorsprung von 6400000 Einwohnern gewonnen. Angesichts dieser Zahlen begreift es sich, daß Frankreich beim besten Willen diejenige Menge von waffenfähigen Rekruten nicht aufzubringen vermag, die Deutschland alljährlich mustern kann.

Die ungünstige Bevölkerungsbilanz hat wesentlich dazu beigetragen, den Franzosen klar zu machen, daß sie für sich allein nicht im Stande sind, Deutschland niederzuwerfen, sondern unbedingt einen Bundesgenossen zum Revanchekriege brauchen. Sie glaubten ja auch bis vor Kurzem noch, einen solchen Genossen, der ihren Mangel an persönlicher Kraft großmüthig ergänzen würde, in Rußland gefunden zu haben. Seit der trüben Erfahrung von Faschoda ist auch diese Hoffnung erschüttert. — Montecuculi hatte bekanntlich die Lehre verkündet, daß zum Kriegführen drei Dinge gehörten: 1. Geld, 2. Geld, 3. Geld. In der Zeit, als man mit Geld so viel Werber auf die Beine bringen konnte, wie man wollte, traf das vollständig zu. Jetzt aber, bei den nationalen Volksheeren, kommt es nicht allein auf das Geld, sondern auch auf die Zahl der überhaupt vorhandenen wehrfähigen Mannschaft an. Was der Storch vor 20 oder so viel Jahren nicht gebracht hat, läßt sich auch für Geld nicht kaufen.

Der National-Oekonom Leroy Beaulieu hat längst in sehr eindringlicher Weise seiner Nation die Gefahren vorgehalten, die aus der Unfruchtbarkeit des Volkes sich ergeben. Er tritt auch der Ansicht entgegen, daß aus der besseren Bilanz einiger Jahre oder aus den jüngsten Steigerungen der Eheschließungsziffern schon eine Rettung zu hoffen sei. Im Gegentheil; er führt aus, daß in dem Jahrfünft nach den Kriegsjahren (1872—1877) eine außerordentlich hohe Zahl von Geburten stattgefunden habe und daß darauf die besseren Eheschließungsziffern der Neuzeit zurückzuführen seien. Für die Zukunft aber ist nach diesem Forscher eine weitere Abnahme der Geburtsziffern zu erwarten.

Leroy-Beaulieu empfiehlt als Heilmittel, einerseits durch verbesserte Gesundheitspflege auf eine Verringerung der Sterblichkeit hinzuarbeiten, andererseits die Scheu vor größerer Kinderzahl abzulegen. Es giebt Gelehrte, welche behaupten, das französische Volk sei als Nation im Ganzen alt und unfruchtbar geworden, so daß es auf die Neigungen oder Abneigungen der Einzelnen gegenüber dem Kindersegen nicht ankomme; Andere jedoch führen das Uebel, das die Nation betroffen, hauptsächlich auf das sog. Zweikindersystem zurück. Vermuthlich wirken hier, wie bei allen bedeutsamen Unregelmäßigkeiten in der Entwickelung eines Volkes, eine ganze Reihe von alten und neuen Ursachen verschiedener Art zusammen. Ist das der Fall, so läßt sich ein Umschwung nicht durch Beredtsamkeit oder einzelne Sinnesänderungen erzielen. Das Verhängniß wird wohl seinen Gang gehen.

Politische Umschau.

Freiberg, den 8. März.

Deutschland. Den französischen Blättern übermittelte die „Agence Nationale" telegraphisch die aus Berlin datirte Meldung, daß Kaiser Wilhelm beschlossen habe, die Reise aufzugeben, die er in diesem Frühjahr nach Rom unternehmen wollte. „Diese Nachricht," fügte die genannte Telegraphen-Agentur hinzu, „ruft eine gewisse Sensation in den diplomatischen Kreisen hervor, um so mehr, als noch nichts hinsichtlich der wirklichen Beweggründe in die Oeffentlichkeit drang, die den Kaiser zum Verzichte auf seine Reise bestimmten." — Die „Nat. Zeit." bemerkt hierzu: Diese „gewisse Sensation" ist jedenfalls nur in der Phantasie des Gewährsmannes der „Agence Nationale" vorhanden. Thatsächlich hat das römische Reiseprojekt offiziell überhaupt nicht bestanden, so daß es auch nicht offiziell aufgegeben werden konnte. Richtig ist nur, daß der Kaiser gegenüber dem Maler Prell nach der Besichtigung der für die deutsche Botschaft im Palazzo Caffarelli bestimmten Wandgemälde auf die Möglichkeit hinwies, daß er der Einweihung dieses künstlerischen Schmuckes beiwohnen würde. Irgend welche Schritte behufs Ankündigung eines Besuches am italienischen Königshause waren aber bisher nicht erfolgt; auch ist ein solches Projekt bisher nicht in den diesjährigen Reiseplan des Kaisers aufgenommen worden. Sollte aber der Kaiser einen privatim gehegten Wunsch aufgegeben haben, so braucht nur an wichtige schwebende Fragen, wie die der Militärvorlage und die auf das Gemeindewahl-Gesetz bezüglichen erinnert zu werden, um zu zeigen, daß für den Kaiser vor Allem Rücksichten der inneren Politik maßgebend sein könnten, wenn er auf die Reise nach Rom verzichtet.

Die Budgetkommission des Reichstags setzte gestern die Berathung des Kolonial-Etats fort. Bei dem Etat für Togo wurden die Krauseschen Anschuldigungen bezüglich angeblicher Begünstigung des Sklavenhandels durch die deutsche Verwaltung mit zur Sprache gebracht. Direktor v. Buchka erwiderte, Krause habe selbst Sklavenhandel getrieben, sich drei Frauen gekauft und seinem Diener Ibrahim drei Frauen geschenkt. Es sei möglich, daß in der neutralen Zone Sklavenhandel getrieben werde und daß auch Sklavenhändler durch deutsches Gebiet nach der Küste ziehen. Die Regierung thue Alles, um den Sklavenhandel zu verhindern. Der Gouverneur von Togo sei aufgefordert worden, die Stationschefs über die Behauptungen Krauses zu verhören und Berichte einzufordern. Von verschiedenen Rednern wurde gerichtliches Vorgehen gegen Krause gefordert. Der Kolonialdirektor entgegnete, daß er zwar kein Freund von gerichtlichem Vorgehen sei, nach den gehörten Ausführungen aber unverzüglich den Strafantrag gegen Krause stellen werde. Auf bezügliche Anfragen theilte der Direktor mit, daß Diamanten bisher in den Flußgebieten Südwestafrikas nicht gefunden worden seien. Ueber weitere Feststellungen, ob Diamanten vorhanden seien, und bezüglich Konzessions-Ertheilungen soll mit dem Gouverneur weiter verhandelt werden.

Die Beisetzung der sterblichen Ueberreste des Fürsten Bismarck ist endgiltig auf den 1. April, den Geburtstag des Fürsten, festgesetzt worden. Das Mausoleum ist jetzt im Rohbau vollständig fertig und von den Gerüsten befreit. Nach zwei vorliegenden Federzeichnungen aus Friedrichsruh besteht der Bau aus einem sechseckigen Thurm von massiver Höhe und der Gruftkirche, an die sich ein chorartiger Anbau anschließt. Die ganze Kapelle steht auf einem hohen Sockel aus Feldsteinen. An der Südseite des Schiffs ist das Portal angeordnet. Dasselbe wird von einem hohen Giebel überragt. Die Nordseite des Schiffs zeigt ein Bogenfenster, wie der ganze Bau überhaupt romanische Formen zeigt. Der Thurm wird von einem spitzen, aber mäßig steilen sechseckigen Dach, das Schiff ebenfalls von einem spitzen Dach, der Chor von einem runden Dach abgeschlossen. Die Ruhestätte des Fürsten und der Fürstin ist im Thurme vorgesehen Die Familiengruft befindet sich in einem westlichen Anbau des Thurmes. Das Schiff der Kirche wird als Kapelle eingerichtet. Der ganze Bau macht mit seiner schlichten Formengebung einen sehr ernsten, aber würdigen Eindruck, welche der Bedeutung des Mausoleums wohl zu entsprechen geeignet ist.

Von verschiedenen Seiten wurde und wird gemeldet, daß die Ernennung des Abgeordneten Freiherrn von Zedlitz-Neukirch zum Präsidenten der Seehandlung als feststehend gelten könne. Die „M. n. P. C." glaubt sogar, in dem Abgeordneten den künftigen preußischen Finanzminister sehen zu können.

Zum bevorstehenden Wechsel im Oberkommando der Marine werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Admiral v. Knorr hatte bereits im April v. J. sein Entlassungsgesuch eingereicht, der Kaiser wollte aber damals dem Antrage nicht stattgeben, weil ihm unmittelbar nach Annahme der Flottenvorlage ein Wechsel in der obersten Leitung des Marine-Kommandos nicht thunlich schien. Seit dieser Zeit hat sich der Gesundheitszustand des kommandirenden Admirals in Folge wiederholt auftretender heftiger Podagra-Anfälle so sehr verschlechtert, daß Herr v. Knorr sich den Aufgaben seines Amtes nicht mehr in vollem Umfange gewachsen fühlt, zumal die neu geplanten Organisationen in der Marine an seine Arbeitskraft sehr erhebliche Anforderungen stellen würden. — Als Nachfolger des Admirals von Knorr kommt, was als selbstverständlich gilt, in erster Linie der bei der ganzen Marine ungemein beliebte, im Range zunächst folgende Admiral Koester in Betracht. Dieser gehört der Marine seit dem 21. Juni 1859 an. Am 10. Oktober 1892 wurde Koester zum Vize-Admiral befördert und kommandirte 1893 das Manövergeschwader, dessen Chef er bis zum 30. September 1896 blieb, an welchem Tage er zum Chef der Marinestation der Ostsee ernannt wurde. Am 22. März 1897 erfolgte seine Beförderung zum Admiral.

Im vorigen Jahre hatte die Staatsanwaltschaft in Graudenz gegen den Druckerlehrling Kurzynski von der „Gazetta Grudziadzka", der sein Zeugniß verweigerte, Zeugnißhaft verhängt. Nach zehnwöchiger Haft wurde der fünfzehnjährige Knabe entlassen. Jetzt ist das Zeugnißzwangsverfahren wiederum gegen den Druckerei-Faktor und zwei Lehrlinge von derselben Zeitung eingeleitet worden. Es handelt sich um den Verfasser eines Artikels, durch den angeblich die Staatsanwaltschaft beleidigt ist und dessen Namen jene drei Personen am 3. März vor dem Untersuchungsrichter nicht nennen wollten. Nachträglich ist der Name des Verfassers nun doch genannt worden, und zwar ist es — der verantwortliche Redakteur des Blattes, d. h. also dieselbe Persönlichkeit, die nach dem Gesetz ohnehin als Thäter für die strafbare Veröffentlichung haftet. Der Fall beleuchtet recht scharf den Unfug, der durch den Zeugnißzwang in Preßsachen angerichtet wird. Die „Köln. Volksztg." hat Recht, wenn sie schreibt: „Wie schrecklich ist die Lage eines in Preßsachen als Zeuge auftretenden Setzers, der das Unglück hatte, Handschrift und Verfasser im Gedächtniß zu behalten! Sagt er aus, so muß er befürchten, mit seinem Brotherrn, dem Verleger, es zu verderben und unter Fachgenossen „Lump" genannt zu werden. Verweigert er die Aussage, so spaziert er ins Gefängniß. Hier die Scylla — dort die Charybdis — der Mittelweg führt zum — Meineid!"

Die erste Pleite in Kiautschou hat am 13. Januar ein Israelit gemacht. Rosenberg heißt er, der dort im neuesten deutschen Reichslande als Bauunternehmer die Segnungen der Kultur einführte und dann Reißaus nahm. Der kaiserliche Richter Dr. Gelpke hat den offenen Arrest angeordnet und den Referendar Dr. Wagenführ zum Konkursverwalter ernannt.

Theorie und Praxis! Die sozialdemokratische freie Vereinigung selbständiger Barbiere in Berlin hat die Forderung der sozialdemokratischen Barbiergehilfen, die Läden um 9 Uhr zu schließen, rundweg abgelehnt.

Die Meldungen über die Zunahme der Uebertritte zum Protestantismus mehren sich in **Oesterreich** denn doch immer mehr. Man glaubt die Zahl der Uebertritte dürfte bald 10000 erreichen. In Innsbruck traten am Sonntag abermals 8 Personen öffentlich zum Protestantismus über; nächsten Sonntag folgen weitere Uebertritte. Unter diesen Umständen glaubt der Klerikalismus sich mehr als bisher rühren zu sollen. Am Montag fand in Wien eine von den Klerikalen veranstaltete große Einspruchsversammlung gegen die Uebertrittsbewegung statt. Der Tiroler Abgeordnete Schöpfer bekämpfte das Schlagwort „Deutsch sein heißt lutherisch sein" und sagte, der Ruf: „Los vom Rom!" bedeute auch „Los von Oesterreich!" Prinz Liechtenstein sprach gegen die „Umtriebe" Schoenerers in Nordböhmen. Lueger behauptete, Wien habe von Rom nur Wohlthaten erfahren. Die Versammlung nahm dann eine Entschließung an, welche Anhänglichkeit an die katholische Kirche gelobt und die Feinde der Kirche als Feinde Oesterreichs bezeichnet. Ein Begrüßungsschreiben sandte u. A. der Hamburger „Norddeutsche Jugendbund". Was mag denn das für eine ultramontane Vereinsschöpfung sein?!

Italien. Das Dienstag Abend sechs Uhr ausgegebene, von den Aerzten Mazzoni und Lapponi unterzeichnete Bulletin lautet: Der Gesundheitszustand des Papstes ist andauernd sehr befriedigend. Puls, Athmung und Temperatur sind normal. Der Heilungsprozeß an der operirten Stelle verläuft regelmäßig. Da der hohe Kranke von der Operation genesen erachtet werden kann, werden weitere Bulletins nicht veröffentlicht.

Belgien. Der letzte gestern Mittag ausgegebene Bericht über das Befinden der Königin lautet: Keine Komplikationen vorhanden, die Nacht ist ruhig verlaufen, der Gesammtzustand läßt Besserung erhoffen.

Frankreich. Der „Daily Chronicle", dessen Bericht über die Esterhazyschen Enthüllungen wir bereits kurz mitgetheilt haben, bringt jetzt den Schluß. Esterhazy verbreitet sich sehr ausführlich über die Fabrikation des im Auftrage des Generalstabes von Henry gefälschten und angeblich von Panizzardi, dem italienischen Militärbevollmächtigten, stammenden Briefes an Major von Schwartzkoppen. Interessante Einzelheiten theilt nachstehendes Telegramm mit: London, 6. März. Das geheime Bureau besaß unwichtige Briefe aus derselben Quelle, welcher man jenen Zettel unterschieben wollte. Der geheime Agent brachte sie stets in kleinen Fetzen, wie sie aus dem Papierkorb entnommen waren. Man entnahm nun aus solchen Fetzen die Adresse, Unterschrift und einige Worte und schrieb alsdann auf unbeschriebene Stücke desselben Papieres jenen Zettel mit der nachgeahmten Handschrift. Die Stücke wurden dann auf einen weißen Bogen in der gewünschten Reihenfolge geklebt. Die Fälschung war allen bekannt, die wußten, was vorging. Am ersten Tage, wo sie vor dem Assisengericht produzirt wurde, erklärte Esterhazy das Stück für gefälscht, und zwar gegenüber dem General Boisdeffre und den Advokaten Tézénas und Jeanmaire. Am 1. April 1898 hatte er auf Verlangen Boisdeffres eine lange Konferenz mit du Paty de Clam, worin er diesem die Fälschung dieses Zettels erklärte. Später lenkte er General Pellieux' Aufmerksamkeit darauf.

In den Kammerwandelgängen erzählt man, daß neue Enthüllungen bevorstehen. Esterhazy habe noch mehr zu erzählen. Du Paty de Clam gedenke gleichfalls zu sprechen, um nachzuweisen, daß auch er nur auf Befehl gehandelt habe, und man werde bloßstellende Briefe De Boisdeffres veröffentlichen. Auf diese Weise werden sich hoffentlich die Ehrenmänner im Generalstabe allmählich selbst „enthüllen".

Warum der neue Gemeinderathsvorsitzende von Paris nicht glücklich ist. Man schreibt der „Post" aus Paris: Obwohl vor Kurzem gewählt, ist der neue Präsident des Pariser Stadtrathes nicht glücklich. Trotzdem er auf einen außerordentlich melodischen Namen hört, ist Hr. Lucipio weit von innerlicher Harmonie entfernt. Er hat, wie man zu sagen pflegt, ein Haar in seiner Wahl gefunden. Das hängt so zusammen. Im Pariser Stadtrath besteht die Gewohnheit, daß der jährlich gewählte Präsident im nächsten Jahre nicht wieder gewählt werden darf. Herr Lucipio hat also dadurch, daß er jetzt gewählt wurde, von vornherein auf die Wahl im Weltausstellungsjahr verzichten müssen. Alle seine Kollegen sind glücklicher als er, denn ihnen steht die Möglichkeit offen, im Frühling 1900 die Weltausstellung mit zu eröffnen, treffliche Reden über Frieden und Arbeit zu halten und fremde Prinzen und Souveräne zu empfangen. Kein Wunder, daß bei der eben stattgehabten Wahl fast ein Kandidatenstreik ausbrach. Wer besitzt auch in diesen Zeitläuften Opfermuth genug, um auf die Ehren zu verzichten, die das große Jahr mit sich bringt? Herr Lucipio mußte in den sauren Apfel beißen und sich wählen lassen. Sein Schicksal ist um so trauriger, als seine Antezedentien ihn förmlich zu dem Vorrecht prädestiniren, die fürstlichen Besucher der Weltausstellung zu begrüßen. Man höre. Herr Louis Lucipio war ehemals Mitglied der Internationale und während der Pariser Belagerung am Aufstand vom 31. Oktober betheiligt. Später stand er in den Reihen der Kommune, wurde durch das Kriegsgericht zum Tode verurtheilt und zur Deportation nach Neu-Kaledonien begnadigt. In Folge der Amnestie nach Frankreich zurückgekehrt, hatte er natürlich leichtes Spiel, in den Stadtrath gewählt zu werden, denn die in der Strafkolonie verbrachten Jahre zählten bei seinen Wählern als Kriegsjahre doppelt. Schade, daß der Neid der Kollegen Herrn Lucipio um die Ehre gebracht hat, im Jahre 1900 den Zaren in der Ville-Lumière zu empfangen.